

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872

24.3.1872 (No. 72)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 24. März.

N. 72.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands, des Elsass und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, Briefträgergebühr eingerechnet, vierteljährlich 2 fl. 7 kr.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramm.

Wien, 22. März. Bei der Budgetdebatte im Herrenhause sprach sich Schmerling gegen KonzeSSIONen an Dalmatien und Galizien aus, welche mit dem Interesse des Reiches nicht vereinbar seien. Der Minister des Innern, v. Lasser, erklärte hierauf, daß die Regierung niemals das Reichsinteresse einem politischen Vortheile opfern werde, während der Minister Unger den Standpunkt der Regierung dadurch kennzeichnete, daß er die Dalmatien in Aussicht gestellten KonzeSSIONen als gleichzeitig mit dem Interesse des Reiches zusammenfallend bezeichnete. Man könne, erklärte derselbe, der Regierung keinen Vorwurf daraus machen, daß sie zwei verfassungsfremde Parteien in Dalmatien geschaffen. Die Regierung habe niemals den Standpunkt eingenommen, daß der galizische Ausgleich der Preis für die direkten Wahlen sein solle. Die Regierung betrachte den galizischen Ausgleich als eine Vor-mauer gegen den Föderalismus.

Rom, 22. März. Ein Artikel der „Italie“ sagt: Eine italienisch-deutsche Allianz gegen Oesterreich wäre widersinnig; die Nachricht des „Wiener Wanderers“ über den Abschluß einer solchen Allianz entbehre aller Merkmale der Wahrscheinlichkeit.

Deutschland.

Strasburg, 19. März. Man schreibt dem „Ind. als.“: Es ist mit der Zerstörung der Manern der Zitabelle begonnen worden, und nach der Art zu urtheilen, wie man die Arbeiten in Angriff genommen hat, scheint es, daß man sie rasch zu Ende führen will. Zwei Linien sind schon verschwunden, und zwar diejenigen, welche am meisten gegen den kleinen Rhein vorprangen. Die weggenommene Erde wird sofort zur Ausfüllung der Gräben verwendet. Auf einem Raum von 400 Quadratmet. habe ich beinahe 200 Arbeiter gezählt. Man sieht hieraus, daß die Projekte für Abänderung der Umwallung und Vergrößerung der Stadt sehr ernst genommen werden. Der Werth dieses Terrains ist im Allgemeinen ums Fünffache gestiegen; für einen Garten, dem Jardin Lips gegenüber, der vor einigen Jahren für 10,000 Franken gekauft wurde, hat man kürzlich 60,000 Franken geboten. Eine kleine Parzelle, welche voriges Jahr mit 1200 Fr. bezahlt wurde, hat den Preis von 12,000 Fr. erreicht. Im Zusammenhang mit dem Vergrößerungsplan unserer Stadt ist die Erbauung von vier Brücken über die Ill zwischen Robertsau und der Stadt projektiert. — Ein neuer in Strasburg zu etablirender Industriezweig wäre, wie man sagt, die Seidenfabrikation. Basler Häuser sollen schon Terrain gekauft und sich vorgenommen haben, besonders St. Etienne starke Konkurrenz in der Fabrikation seidener Bänder zu machen.

Mühlhausen, 20. März. (N. Mühl. 3) Die Handelskammer von Mühlhausen, von dem Hrn. Oberpräsidenten von Elsaß-Lothringen zu Rathe gezogen über die Frage, ob es zweckmäßig sei, die deutsche Maß- und Gewichtsordnung in unserem Lande einzuführen, hat sich in ihrer letzten Sitzung für die Verneinung ausgesprochen.

Stuttgart, 22. März. Abendsitzung der Abgeordnetenkammer vom 21. März.

Es ist ein Antrag des Abg. Mayer von Heilbronn und Gen. eingelaufen, dahin gehend: die Bitte an die Regierung zu richten, daß sie, nachdem Baden den Bau einer direkten Bahn von Karlsruhe auf Heilbronn über Eppingen beschlossen habe, die württembergische Regierung einer sich darum meldenden Gesellschaft die KonzeSSION zum Bau einer solchen Bahn auf württembergischem Gebiet erteilen möge. — Zum Ausbau des Zellengefängnisses in Heilbronn und für Herstellung von Wohnungen für einen Theil des Beamten- und Offiziantenpersonals der dortigen Strafanstalt wurden außer den bereits früher veranschlagten 320,000 fl. weitere 246,000 fl. bewilligt. Danach würde mit der Verhaltung der Gehaltsaufbesserungen der Zivil-Staatsbediener fortgefahren, und zwar nachdem in der gestrigen Sitzung der allgemeine Theil erledigt war, nun zu den einzelnen Dienstkategorien übergegangen. Es wurden übereinstimmend mit der Regierungserzogen bewilligt: 1) je 500 fl. für 2 Präsidenten, am Obertribunal und am evangelischen Konsistorium; für 5 Direktoren im Departement der Justiz, für 2 in dem des Innern, für einen in dem des Kirchen- und Schulwesens, und für 4 in dem der Finanzen und der Verkehrsanstalten. Diese 500 fl. für den Einzelnen wurden mit 77 gegen 9 Stimmen gutgeheißen. 2) Je 300 fl. wurden bewilligt: für 2 Geheimräthe, 4 Staatsräthe, 5

Direktoren im Departement der Justiz, 3 in dem des Innern, 1 in dem für Kirchen und Schulwesen, und 5 in dem der Finanzen sowie der Verkehrsanstalten, für die Obertribunalsräthe und Ministerialräthe, den Kanzleibirektor des Geheimenraths, für die 6 evangel. General-superintendenten (Prälaten), für den Domdekan, die 6 Domkapitulare, für die Kreisgerichts-Räthe und Kreisrichter, für die Kollegialräthe in den Departements der auswärtigen Angelegenheiten, des Innern, des Kirchen- und Schulwesens und der Finanzen, sowie der Verkehrsanstalten, sowie für die Ministerialassessoren, für die mit den Kollegialräthen im Departement des Innern gleichstehenden Stabsdirektor von Stuttgart und Oberamtmann von Ulm, für 2 Staatskassiere, den ständischen Archivar, den Staatsschulden-Zahlungskassier, den Syndikus des bishöflichen Ordinariats, die Kollegialassessoren in den Departements der auswärtigen Angelegenheiten, des Innern, des Kirchen- und Schulwesens und der Finanzen sowie der Verkehrsanstalten, für die ordentlichen Professoren an der Universität, die Professoren an der Akademie zu Hohenheim, die Professoren am Polytechnikum und den Direktor und die Professoren an der Kunstschule, die Professoren an den oberen Abtheilungen der Gymnasien, Elyceen und Realanstalten, für die Direktoren an den beiden Staats-Irrenanstalten, den Oberbibliothekar und die 2 Bibliothekare an der öffentlichen Bibliothek, die beiden Konservatoren am Naturalienkabinete zu Stuttgart, für den Obermalchinmeister beim Eisenbahn-Betrieb. 3) Je 200 fl. wurden bewilligt: für die Bezirksbeamten (Oberamtsrichter, Oberamtmänner, Forstmeister, Kammerverwalter, Hülfen- und Salinenverwalter, Hülfen- und Salinentassiere, und den Vorstand der Fabrik in Weissenau); für 6 Strafanstalten-Verwalter, die Dompräbendare, einen Staat Kassier, 3 Staatskassen-Kontrolloren, den Registrator der Kammer der Standesherren, den Kontrolleur der Staatsschulden-Zahlungskasse, für einen Bauinspektor, für die außerordentlichen Professoren an der Universität, die Professoren an den mittleren und unteren Abtheilungen der Gymnasien, Elyceen und größeren Realanstalten, für die Exe-kutoren, den Sekretär und Registrator des bishöflichen Ordinariats, für die Revolverförderer und für die Oberamtsassessoren und Sekretäre bei der Stadtdirektion in Stuttgart und dem Oberamt Ulm und für 14 Gerichtssekretäre. 4) Je 150 fl. für die Gerichtsassessoren und die Sekre-täre an den niederen Latein- und Realschulen. 5) Je 100 fl. für die Obermedizinal-, Medizin- und Kreismedizinalräthe, die Bauinspektoren, die Amtsnoteare (bei diesen wurde die Bereitwilligkeit zur Ver-willigung von je 150 fl. wie bei den Gerichtsnotaren ausgesprochen), die Elementarlehrer an Gelehrten- und Realschulen, für die Kanaklischen und Tagelöhner, sowie für die Oberamtsgerichts-Schreiber. 6) Je 50 fl. für die Oberamtsärzte und die Kanakleidiener und Kanakleiauf-wärter u. s. w. Bei letzteren wurde zumeist, so weit sie nicht freie Wohnung haben, die Genehmigung ausgesprochen, statt 50 je 75 fl. zu bewilligen, wie bei einer Menge nieder besoldeter Diener.

Stuttgart, 22. März. Anlässlich des Geburtstages des Kaisers prangt die Stadt in reichstem Flaggenschmucke. Die öffentlichen Gebäude waren bereits gestern Abends besetzt. Heute Vormittag findet Kirchenparade statt. — Der König wird am Gründonnerstag von St. Petersburg zurückzukehren.

München, 21. März. (Sch. M.) Nicht geringes Aufsehen, namentlich in kirchlichen Kreisen, erregen hier die Angriffe, welche der ultramontane Theil der unterfränkischen Geistlichkeit gegen den neuen Bischof Reikmann von Würzburg in Szene setzt und deren Widerhall das hier erscheinende „Vaterland“ gibt. Dr. Reikmann, den von ihm gezeigten Erwartungen entsprechend, scheint wirklich großer Mäßigung sich zu befleißigen und dadurch der Kurie vielleicht einen bessern Dienst zu erwiesen, als diese selber anerkennt. Er wird deshalb als blindes Regierungswerkzeug verschrien und in einem der betreffenden Artikel heißt es geradezu: „Es gibt ganze Pfarrerdiözesen, in denen kein Mensch an die Unfehlbarkeit glaubt, weil der Pfarrerklerus für die Ausbreitung der Ketzerei nicht wirken darf.“ Daß man von ultramontaner Seite diese Zurückhaltung als eine Art von Kirchenverrathe bezieht, das beweist, mit welcher blinder Wuth die Vertrauensmänner der Kurie hier zu Lande ins Zeug gehen.

Dresden, 22. März. Zu Ehren des Geburtstages des Kaisers wurde heute früh große Militär-revue abgehalten; die öffentlichen Staats- und städtischen Gebäude, sowie viele Privathäuser flaggen. In den Ständekammern fanden auf Anregung der Präsidenten patriotische Kundgebungen für Kaiser und Reich statt. Der Kriegsminister brachte dem preussischen Gesandten die Glückwünsche der sächsischen Armee für den kaiserl. Kriegsherrn dar. Nachmittags finden Festmahl von Seiten des Offizierskorps, sowie mehrerer Privatkreise statt. Abends werden die öffentlichen Plätze von Seiten der Stadt erleuchtet werden.

Berlin, 22. März. Gestern Abend wohnten die Kaiserl. Majestäten und die Mitglieder des Königshauses sowie die hier anwesenden fürstlichen Gäste der ersten Vorstellung des in der Reithahn der Lutterfall-Gesellschaft veranstalteten Wappensfestes bei. Zur Feier des Geburtstages des Kaisers und Königs prangen heute zahlreiche Häuser der Hauptstadt im Schmuck von Fahnen und Flaggen. Dabei begünstigt ein sonnenklares Wetter die Begehung des patriotischen Festes. Eingeleitet wurde die Feier heute früh durch Choralmusik von der Kuppel der

Schloßkapelle und von dem Thurme des neuen Rathhauses. Vormittags fanden in der Universität und in der Akademie der Künste, sowie in den Schulen und Wohlthätigkeitsanstalten Feste statt. Eine am Zeughaus aufgestellte Batterie des Garde-Feld-Artillerieregiments feuerte 101 Salut-schüsse ab. Im königl. Palais begann die für diesmal auf wenige Kreise beschränkte Gratulation um 11 Uhr. Zunächst wurden die Hofstaaten empfangen. Dann nahm der Kaiser und König die Glückwünsche der Mitglieder des Königshauses und der erlangten Gäste des Hofes, sowie der übrigen hier anwesenden fürstlichen Personen entgegen. Um 12¹/₂ Uhr brachten die Mitglieder des Staatsministeriums ihre Gratulation dar. Unter ihnen befand sich auch der nunmehr von seiner längeren Krankheit fast gänzlich wiedergenesene Justizminister Dr. Leonhardt. Der Reichskanzler und Ministerpräsident Fürst Bismarck ist gestern Abend aus dem Lauenburgischen nach Berlin zurückgekehrt. — Heute Nachmittag waren sämtliche hohe Herrschaften bei dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin zur Festtafel vereinigt. Heute Abend findet im königl. Palais eine dramatisch-musikalische Unterhaltung statt, zu welcher zahlreiche Einladungen ergangen sind. Alle Staatsminister gaben heute Festdiners. Der Reichskanzler bewirthete in seinem Hotel die Mitglieder des diplomatischen Korps und die höheren Beamten seines Ressorts; der Präsident des Reichskanzler-Amtes, Staatsminister Delbrück, hatte die Mitglieder des Deutschen Bundesrathes und seine höheren Ressortbeamten nach dem „Hotel de Russie“ eingeladen. In Arnim's Hotel vereinigten sich die Mitglieder beider Häuser des Landtags, im Englischen Hause die Mitglieder der städtischen Kollegien zu gemeinsamen Festmahlen. Für heute Abend sind an vielen Punkten der Stadt Vorbereitungen zu einer glänzenden Illumination getroffen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 20. März. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. März.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen um ein Spezialgesetz gegen den Mißbrauch der Kanzel zu verfassungsföndlichen Agitationen. Der Berichterstatter des Petitionsausschusses, Appellationsgerichts-Rath a. D. Mende, sagte, die Petitionen seien veranlaßt durch die Thatsache, daß von dem katholischen Klerus allenthalben und mit offenem Mißbrauch der Kanzel Agitationen gegen die Verfassung und die Staatsgrundgesetze betrieben werden, und zwar seit der Verkündung des Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit mit einer potenzierten Leidenhaftigkeit, so daß man zu zweifeln beginnt, ob es in Oesterreich der Regierung wirklich ernst sei, in dieser Richtung die Achtung vor den Gesetzen des Staates aufrecht zu erhalten. Die Vorgänge in dem benachbarten Deutschen Reich hätten den Wunsch nahegelegt, daß auch in Oesterreich ein Spezialgesetz zur Verhinderung oder Bestrafung solcher kirchlichen Agitationen beschloffen werde. Der Petitionsausschuß habe jedoch nach eingehender Prüfung gefunden, daß die bestehenden Gesetze vollkommen gegen derartige Ausschreitungen genügen. Es bestehe z. B. seit langer Zeit ein Gesetz, welches die Besprechung politischer Fragen auf der Kanzel überhaupt verbiete. Nicht ein neues Spezial-Strafgesetz also sei notwendig, sondern es komme zunächst darauf an, die bestehenden Gesetze zur praktischen Anwendung zu bringen. Die römische Hierarchie kämpfe um die Erhaltung, ja um die Ausdehnung ihrer Herrschaft in Oesterreich, und die Organisation der hierarchischen Gewalten sei eine derartige, daß der niedere Klerus, welcher von Seite des Staates keinen Schutz finde, unbedingt den Befehlen seiner Oberen folgen müsse. Deshalb sei auch das nur in einzelnen flagranten Fällen vorgekommene Einschreiten der Staatsbehörden gegen Mitglieder des niederen Klerus ohne Wirkung geblieben. Wenn die Bischöfe verschont würden, so helfe die Bestrafung einiger Kaplanen nichts. Uebrigens sei nicht bloß auf dem strafgerichtlichen Wege vorzugehen. Der Staat müsse sein Verhältnis zur Kirche in definitiver, den modernen Rechtsprinzipien entsprechender Weise ordnen. Aus diesen Gründen beantrage der Petitionsausschuß, die Regierung aufzufordern, daß sie die politischen und die Justizbehörden zur genaueren Ueberwachung der durch den Mißbrauch der Kanzel von Seite des Klerus erfolgenden Verletzungen der Gesetze und zur unverzüglichen Anwendung der bestehenden Strafgesetze ernstlich anweise. Ferner sei die Regierung dringend aufzufordern, die in der Thronrede vom 28. Dez. 1871 in nächster Aussicht gestellten Gesetzentwürfe zur Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und der katholischen Kirche noch in dieser Session zur verfassungsmäßigen Behandlung einzubringen.

Dieser Antrag wurde ohne Debatte angenommen. Die ultramontanen Abgeordneten verhielten sich ruhig, angeblich, weil sie von einer höheren kirchlichen Autorität die Befehle erhalten haben, dem Ministerium Auerberg-Stremayr, welches sich in der Unfehlbarkeits-Frage so „fortschrittlich“ benommen, keine Belegenheiten zu bereiten. Der „Ruf im Streite“, Professor Greuter, hatte Urlaub genommen.

Frankreich.

CH. Paris, 21. März. Mehrere Blätter sprachen davon, daß Befehle zur Ausrüstung dreier großer Panzerschiffe in Toulon gegeben wurden, und glaubten diese Maßregel mit den gespannten Beziehungen zu Italien in Verbindung bringen zu müssen. Die Nachricht ist zwar richtig, entbehrt jedoch jedes politischen Charakters, da die erwähnten Ausrüstungen nur zum Zweck der jährlich um diese Zeit stattfindenden Uebungen des Evolutionsschwaders angeordnet wurden.

Im Hinblick auf den langsamen Fortgang der Budgetarbeiten darf man kaum mehr hoffen, daß dieselben bis zum 28. d. M. beendet sein werden; es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die Nationalversammlung auch am Charfreitag und Charfreitag Sitzung halten wird. Auch für nächsten Sonntag wird eine solche in Aussicht gestellt. Es wäre aus diesen Gründen nicht unmöglich, daß die Frühjahrs-Session der Generalräthe später als am 2. April eröffnet würde.

Die Kommission für den höheren Unterricht hat beschlossen, das Recht, akademische Grade zu erteilen, nur den aus mindestens zwei Fakultäten bestehenden freien Universitäten zuzuerkennen.

Paris, 21. März. (Köln. Ztg.) Bei Gelegenheit des bevorstehenden Geburtstags des Deutschen Kaisers hat der Oberkommandant der deutschen Okkupationsarmee in Frankreich folgendes Schreiben an den Grafen de St. Vallier, Bevollmächtigten beim deutschen Hauptquartier, gerichtet:

Nancy, 14. März. Am 22. d. M. wird die deutsche Armee den Geburtstag des Kaisers feiern. Ich halte es für nützlich, Ihnen die verschiedenen Punkte mitzuteilen, aus welchen das Programm dieses militärischen Festes besteht. In allen Garnisonen wird eine Revue abgehalten und ein Gottesdienst gefeiert werden. Ueberall, wo sich Artillerie befindet, werden 101 Kanonenschüsse abgefeuert; die Feuerwerke und Illuminationen sind nicht gestattet; die Truppen werden, wo es möglich ist, Bankette haben; dasselbe findet betriebsmäßig statt. Die nötigen Befehle werden erteilt werden, um das Fest so viel als möglich auf das Innere der Kasernen zu beschränken, um so die Verührung der Soldaten und der Bevölkerung, besonders des Abends, zu vermeiden.

Der Maire von Charleville hat in dieser Hinsicht folgende Bekanntmachung erlassen:

Die Gemeindebehörde von Charleville ist überzeugt, daß die Bevölkerung dieser Stadt bei dieser Gelegenheit durch die Ruhe und Würde ihrer Haltung einen neuen Beweis ihrer ordnungsliebenden und patriotischen Gesinnungen geben wird. Um jede Ursache zu Ausschließung und Unordnungen zu vermeiden, werden am genannten Tage, 22. März, die Kaffee- und übrigen Wirtschaften um 9 Uhr Abends geschlossen.

In den übrigen Städten, wo deutsche Truppen liegen, sollen für morgen ähnliche Maßregeln getroffen werden.

Paris, 21. März. Die Medizinschule war gestern seit längerer Zeit wieder einmal der Schauplatz lärmender Auftritte. Hr. Dolbeau, Professor der Pathologie, sollte um 3 Uhr seinen Eröffnungsvortrag halten. Das Amphitheater war schon um 2 1/2 Uhr von 1500 bis 2000 Studenten angefüllt, unter denen große Aufregung herrschte. Als Hr. Dolbeau eintrat, wurde er mit feindseligem Lärm empfangen, der sich nicht mehr legen wollte; auf dem Katheder wurde der Professor mit Kupfergeldstücken, Eiern u. dgl. beworfen und schlechterdings außer Stand gesetzt, das Wort zu ergreifen. Ein Student, der dem Professor anhing, eilte endlich an die Tafel und schrie auf dieselbe mit der Kreide die Frage, was man denn eigentlich dem Professor vorzuwerfen habe. „Nieder mit dem Woudchard! Hinaus mit dem Angeber!“ erscholl die Antwort; dann hieß es genauer, er solle sich über sein Verhalten in dem Hospice Beaujon rechtfertigen, wo er am 25. Mai 1871 einen Föderierten den Verfallern ausgeliefert, d. h. dem sichern Tode Preis gegeben hätte. Damit hatte es aber folgende Bewandnis:

Als die Verfallener in Paris einrückten und sich des Hospitals Beaujon bemächtigten, fragten sie bei dem dirigierenden Arzte Hr. Dolbeau an, ob er auch Nationalgardisten unter seinen Kranken hätte. Hr. Dolbeau bejahte dies und machte zwei nahezu geheilte Individuen als solche namhaft: der Eine von diesen beiden Föderierten, die man nun sofort ergriff, soll wieder auf freien Fuß gesetzt, der Andere aber von den Truppen festgehalten worden sein, obgleich er, wie sich nachher herausgestellt hätte, zwar Offizier der Nationalgarde gewesen wäre, aber an den Kämpfen der Commune keinen Theil genommen hätte. Kurz, Hr. Dolbeau, der übrigens auch wegen seines strengen Verhaltens in den Prüfungen schon unbeliebt war, soll seiner Würde als Leiter eines philantropischen Instituts durch Angeberei zu nahe getreten sein und den Tod eines Unschuldigen auf dem Gewissen haben. (Die Thatfache der Exekution selbst wird indess von anderer Seite bestritten.)

Eine ganze Stunde lang hatte Hr. Dolbeau dem Charivari Stand gehalten, als endlich der allgemein geachtete Dekan der Fakultät, Hr. Würz, erschien, seinen Kollegen zu befreien und den Studenten eine herbe Straspredigt zu halten. Er hätte geglaubt, sagte er, daß Demonstrationen dieser Art sich in den Hallen der Wissenschaft nicht mehr erneuern würden; dieselben würden nur von den Gegnern der akademischen Freiheit ausgebeutet werden und die Fakultät würde sich im Wiederholungsfall genöthigt sehen, die ernstesten Maßregeln gegen die Unruhestörer zu ergreifen; auf die gegen Hr. Dolbeau laut gewordenen Anklagen dürfe er um so weniger eingehen und dieselben seien an diesem Orte um so weniger berechtigt, als sie nur die Privatperson, nicht den Professor betrafen. Die letzte Phrase, welche die Theorie von der doppelten Moral wieder aufleben lassen zu wollen schien, wurde mit lautem Murren aufgenommen, und obgleich die Studenten dann langsam auseinander gingen, sind allem Anscheine nach heute neue Kundgebungen gegen Hr. Dolbeau zu gewärtigen.

Die „Républ. française“ hört für gewöhnlich, daß der bisherige Präfekt des Nord-Departements, Baron Ségurier, an Stelle des verstorbenen Hrn. Cochin zum Präfekten der Seine-et-Oise ernannt und in dem wichtigen Posten von Lille durch Hrn. Valentin, den bekannten Republikaner, der kürzlich auf Anträgen der Konservativen von der Präfektur von Lyon entbunden wurde, ersetzt werden soll.

Paris, 21. März. Sitzung der Nationalversammlung vom 20. März.

In der Tagesordnung folgt die zweite Abtheilung des Budgets des Ministeriums für Unterricht, schöne Künste und Kultus (schöne Künste). Kapitel 42 (Nationaltheater und Kon-

servatorium für Musik 1,655,000 Fr.) gibt zu einer längeren Debatte Anlaß.

Hr. Raubot beantragt die Streichung dieses ganzen Kapitels. Er ist prinzipiell gegen jede staatliche Subvention von Theatern und sieht eventuell nicht ab, warum der Staat gerade die Theater von Paris und nicht z. B. jene von Marseille oder Bordeaux unterstützen soll. (Unruhe links.) Einer der größten Stände des gefallenen Regimes sei der Bau der neuen Oper gewesen; derselbe habe schon jetzt 40 Millionen, das Einkommen mehrerer Departements, gekostet und verschlinge noch immer neue Summen. Wenn man einwende, daß die Theater eines der Elemente seien, welche auf die Fremden die größte Anziehungskraft üben, so müsse er entgegen, daß es dann Sache der Pariser Gemeindeverwaltung sei, die nötigen Opfer zu bringen; den Staat gehe das nichts an.

Bicomte d'Osmond erinnert zunächst daran, daß man die Theater-subventionen in dem laufenden Budget von 1872 nicht abschaffen könne, ohne die Direktoren, welche schon ihre Vorbereitungen für die nächste Saison getroffen haben, unloyaler Weise in Verlegenheit zu bringen. Aber auch im Prinzip seien diese Subventionen heute gerechtfertigter als je; sei nicht der künstlerische Ruhm beinahe der einzige, welcher Frankreich jetzt noch verleihe? (Oho!) Die Abschaffung der Subventionen sei die Abschaffung der Kunst. (Verklärter Widerspruch.) Es müsse ihn befremden, daß so viele Personen, welche in Sachen des Handels dem Schutzhelme fröhlich, in Sachen der Kunst Anhänger der absoluten Freiheit sind; er für seinen Theil sei überzeugt, daß diese Freiheit nur den Ausartungen der Kunst, wie Café-Kongerte und ähnliche Geschmacksvorurtheile, zu Gute kommen würde.

Graf Jaubert (Mitglied des Instituts): Es scheint nun einmal ausgemacht, daß wir nur durch die Bötter in diesem modernen Griechenland (Heiterkeit) oder vielmehr daß dieses moderne Griechenland, wie das alte, die Kunst unter dem Drucke seiner Sieger pflegt. Ich aber denke, der Augenblick, da wir um Elend und Leiden trauern, ist für Musik und Tanz à outrance nicht günstig. (Sehr gut!) Wenn die Stadt Paris andere Bedürfnisse hat, so ist es Sache ihres Gemeinderaths, dieselben zu befriedigen. (Neue Zustimmung.)

Unterrichtsminister Jules Simon weist aus den bisherigen Erfahrungen ziffermäßig nach, daß die großen Nationaltheater (Oper, komische Oper, Théâtre français, Odéon) ohne Subvention nicht bestehen können. In den letzten vier Jahren des Kaiserreichs, also gewiß einer äußerlich sehr günstigen Epoche, zumal dieselbe auch das Ausstellungsjahr in sich schließt, hatte der Direktor der Großen Oper, Hr. Perrin, mit einer Staatsubvention von 800,000 Fr. und einer Beisteuer von 100,000 Fr. aus der kaiserl. Schatzkammer einen Gewinn von 416,323 Fr. erzielt; da die letztere Beisteuer jetzt wegfällt, so würden selbst auf dieser Grundlage dem Direktor für seine Mühe und sein Risiko nur wenige tausend Franken verbleiben. Die komische Oper hätte im Jahr 1869 ohne die Subvention von 140,000 Fr. einen Verlust von 69,000 Fr. zu tragen gehabt. Man erinnert an die großen Kassenverluste Béron's in den dreißiger Jahren; aber damals bezog ein Künstler ersten Ranges 25,000 Fr., während ihn jetzt das Ausland uns mit doppelten und dreifachen Gehältern reichlich macht. In Wien und Berlin werden die Hoftheater ganz und gar für Rechnung der Zivilisten verwaltet; in London erhalten die großen Theater nur befristete Subventionen, weil die Saison bloß drei Monate dauert und man dort eine Guinee für den Platz verlangen kann. (Eine Stimme: Warum nicht auch bei uns?) Aber die Frage verdient auch von einem höhern Standpunkte erwogen zu werden. Man sagt: „Laßt den Theatern ihre Freiheit und sie werden sich umwandeln!“ Nein, lieber möchte ich, daß sie zu Grunde gingen, als sie in Bügellosigkeit und Buhlerei um die Gunst des Tages das Gift der Korruption noch in stärkeren Dosen verbreiten zu sehen; haben wir der Kaffee-Kongerte und der gemeinen Schauspiele noch nicht genug? Die Pflege dieser wichtigen Kunst ist Sache des Staates; sie kann nicht der Stadt Paris überlassen werden, welche, und in ihrer gegenwärtigen Finanzlage mit Recht, nur ihre materiellen Interessen befragen und diejenigen Gattungen begünstigen würde, die das meiste Erträgnis abwerfen. Die französische Kunst sendet ihre Strahlen über die ganze gebildete Welt; sie ist eines der Mittel, welche uns noch verbleiben sind, einen Einfluß auf das Ausland zu üben; sie bildet einen Theil unseres Nationalvermögens. Die ganze gebildete Welt spielt unsere Komödien; Paris gibt darin ebenso für die Provinz wie für das Ausland den Ton an. Wir haben gespürt, was zu sparen war; aber weiter können wir die Subventionen nicht einschränken, wenn die französische Bühne in den Stand gesetzt bleiben soll, ihre traditionellen Aufgaben zu erfüllen; das geistige Eigentum Frankreichs darf nicht verkümmert werden. (Beifall.)

Die Kammer scheint noch unschlüssig, als der Berichterstatter Hr. Beulé (der bekannte Kunsthistoriker und Archäologe) sie in einer berechneten Anfrage für die Subventionen gewinnt. Er nimmt sich namentlich der Oper an, da die Verdienste des Théâtre français selbst von den Gegnern des Erfordernisses willig anerkannt worden sind. Die Oper, sagt er, ist nicht ein Ort für frivol, sondern für den edelsten Genus; sie ist gleichsam eine Symphonie aller Künste, denn alle finden in ihr einen Platz. Man sagt wogierend: „Das Ballet!“ Ich entgegne voll Bewunderung: „Das Ballet in Wilhelm Tell!“ Denken Sie nur an die Geschichte unserer Oper! Die musikalischen Genies der ganzen Welt kamen zu uns und wurden französisch; Italiener und Deutsche selbst holten hier ihre höchste Weihe: Gluck, Mozart, Cherubini, Spontini und in neuerer Zeit Rossini, Meyerbeer und Verdi. Meyerbeer wurde in Berlin, seiner Heimath, mit Auszeichnungen überhäuft; aber was schuf er für die dortige Oper? „Das Brandenburger Thor“ und „Das Feldlager in Schlessen“, Werke, die spurlos vorübergingen und aus denen er später das Beste herauslesen mußte, um eine nicht eben bedeutende komische Oper für Paris herzustellen. Brauche ich noch an unsere modernen Meister zu erinnern, an Auber, Gounod, Félicien David, die erst in der Großen Oper und durch die Große Oper den Gipfel ihrer Kunst erreichten? Unsere nationale Oper mit ihren Hilfsmitteln, ihrer vollendeten Kunst, dem Verständnis ihrer Zuhörer und dem Talent ihrer artistischen Kräfte aller Art ist eine der Glorien, auf welche Frankreich nicht müßwillig verzichten wird. (Stürmischer Beifall.)

Die Anträge der Hrn. Raubot und Graf Jaubert auf Streichung oder Verkürzung der Subventionen werden hierauf mit 425 gegen 217 Stimmen abgelehnt. Dagegen bringt ein Amendement des Hrn. Claude (Reurthe), wonach die freien Eingänge, namentlich für Minister und Generalsekretäre der schönen Künste, für die beiden Präfekten, die Mitglieder der Akademie u. s. w. aufgehoben werden sollen, zur eigenen Ueberrückung des Hauses glänzlich durch.

Großbritannien.
London, 21. März. Auf eine Anfrage Torrens, ob

mit der Regierung des canadischen Bundes eine Korrespondenz über den Washingtoner Vertrag, in so weit er die canadischen Interessen berührt, geführt worden sei, antwortet Gladstone, die Regierung stehe mit Canada seit dem Abschlusse des Washingtoner Vertrages in fortwährender Korrespondenz; da dieselbe nicht abgeschlossen sei, sei es einstweilen unthunlich, sie zu veröffentlichen. Auf eine Anfrage Lord E. Cecil's, ob es wahr sei, daß die russische Regierung im Begriffe stehe, die Forts, Kasernen, Werft etc. von Sebastopol wieder aufzubauen, erwidert Lord E. Cecil, Unterstaatssekretär des Auswärtigen, der britische Konsul in Odesa habe die Uebersetzung einer in russischen Zeitungen veröffentlichten Mitteilung eingekauft, daß die russische Regierung beschlossen habe, Sebastopol zum Handels- und Militärhafen zu machen.

London, 21. März. Die Anstrengungen des französischen Präsidiums auf dem Gebiete des Heeres werden von der „Times“ als ein weiterer Beweis von seiner treuen Anhänglichkeit an die während der Regierung Napoleons III. mit so viel Feuer angegriffene Politik des Kaiserreichs hervorgehoben.

Hr. Thiers — sagt sie — theilt augenscheinlich die Ansicht, mit der Napoleon vor einigen Jahren plötzlich die Welt in Verwirrung versetzte, daß der Einfluß eines Landes immer im Verhältniß stehen müsse zu der Zahl Soldaten, die es in's Feld zu stellen vermöge. Freilich vertritt er, daß er nicht an Krieg denke; er verführet sein Wort, ja da Wort des Landes hierfür. Gleichzeitig aber hat er nichts Giltigeres zu thun, als den vom Fürsten Bismarck nach seiner Meinung ihm hingeworfenen Handschuh aufzugeben, und sieht nicht ein, warum Frankreich nicht seine Ansprüche auf die Rolle als Beschützer des Katholizismus geltend machen solle, da ja die Protestanten sich um Deutschlands Fahnen scharen. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß Hr. Thiers wünscht, Frankreich wieder auf seinen alten Platz zu erheben; allein Niemand dürfte klarer als er selbst sehen, daß auf eine Reihe von Jahren Frankreich sein Uebergewicht nicht auf militärische Ueberlegenheit bauen kann. Eine Armee kann einmal nicht als die abstrakte Kraft der Nation betrachtet werden, sondern sie ist nur der Ausdruck dieser Kraft. Die Grundlage, auf welche Hr. Thiers seine Forderungen für die Armee gründet, ist sehr schwach; Frankreich muß eine Armee haben, um wieder das zu werden, was es stets gewesen ist, oder vielmehr, es muß eine größere und bessere Armee haben, um größer zu werden, als es je gewesen.

Es scheint fast unglücklich, daß Hr. Thiers nicht die Wirkungen seiner vorläufigen Worte und noch mehr die Wirkungen seiner unklugen Maßregeln auf die Länder sieht, über welche Frankreich seine Suprematie wieder geltend machen zu wollen scheint. Wenn das Uebergewicht einer Nation von ihren starken Bataillonen abhängen, wenn die Armeen das Maß ihrer politischen Größe abgeben soll, warum sollen dann die Nachbarstaaten es nicht auf eine Konkurrenz in einem Punkte ankommen lassen, wo sie in jeder Beziehung am besten gestellt sind und durch den Selbsthaltungstrieb schon naturgemäß gehoben werden? Deutschland besonders kann gegen Frankreich in der wirksamsten Weise die Welterwerthen, die es eben erst den Ueberwundenen als Preis des Sieges entungen hat. Es scheint nicht eben weit, den Fürsten Bismarck an die Wichtigkeit eines abgejagten gegrimdeten Uebergewichtes zu mahnen. Es wird nicht wenig Zeit, nicht wenig administrative Geschicklichkeit erfordern, bis die bewaffnete Macht Frankreichs derjenigen Deutschlands als gewachsen erachtet werden darf, während auf anderen Gebieten ein Uebergewicht heute so sicher ist als vor der Niederlage. [Welche?]

Badische Chronik.

* Karlsruhe, 23. März. Zu unserer Mittheilung über die Feier des gestrigen Kaisertags haben wir noch beizufügen, daß das Festmahl im Museum über 200 Personen — die Spitzen der Militär- und Zivilstaats-Verhörden, die hier anwesenden Vertreter fremder Staaten, Bürgermeister und Gemeinderath, Professoren, Künstler u. s. w. — vereinigte. Dem Toast auf Se. Maj. hielt Se. Exc. der Staatsminister Dr. Jolly. Se. Exc. der General v. Werder toastete auf Se. Königl. Hoheit den Großherzog. Während des Mahles lief folgendes Telegramm Sr. Königl. Hoheit an den Hrn. Staatsminister Dr. Jolly ein:

„Ich ersuche Sie, der im Museum versammelten Festversammlung mitzutheilen, daß der Kaiser sein neues Lebensjahr in gutem Wohlsein angetreten hat und in bekannter Frische und Rüstigkeit einhergeht. Ich glaube den Versammelten keine größere Festfreude bereiten zu können, als durch diese Mittheilung, aus welcher hervorgeht, daß die Genesung des Kaisers — Gott sei Dank! — eine vollständige zu nennen ist. Möge Gott uns dieses theure Leben noch lange erhalten!“

Friedrich,
Großherzog von Baden.“

Diese Mittheilung erweckte selbstverständlich den freudigsten Widerhall bei der Tafelrunde, welche dem Kaiser ihre warmsten Glückwünsche und dem Großherzog ihren innig empfundenen Dank auf telegraphischem Wege ehrerbietig zugehen ließ.

S.d.G. Karlsruhe, 21. März. (Sitzung des Gemeinderaths unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter.)

Bezüglich der notwendig gewordenen Beleuchtung der Ettlinger Landstraße bis zum Thiergarten wird auf Antrag des Vorsitzenden genehmigt, daß die Beleuchtung durch 8 Kandelaber einzurichten sei. Das bei großem Bezirkamt daher zu Stand gekommene Uebereinkommen in Betreff der Beleuchtung des Beiertheimer Weges vom Karlsruher gegen Beiertheim und des Viehtriebweges erhält Zustimmung. Hiernach wurden der Viehtriebweg von der Maschinenfabrik bis zum Uebergang der Rheinthal-Bahn bei der Seneca'schen Fabrik auf Kosten von Karlsruhe und Beiertheim, der Beiertheimer Weg bis zum Eisenbahn-Uebergang bei Schmieder und Mayer auf Kosten von Karlsruhe und von diesem Uebergang bis zur Eisenbahn auf Kosten von Beiertheim, sodann der Weg vom Karlsruher nach Beiertheim bis zur Gemarkungsgrenze auf Kosten von Karlsruhe und von da bis zum Uebergang bei der Stöckel'schen Fabrik auf Kosten von Beiertheim beleuchtet werden.

Auf Antrag des Verwaltungsraths der freiwilligen Feuerweh... wurde Hofpächter Voit auf weitere 3 Jahre zum 1. Kommandanten derselben und ebenso Gemeinderath Däschner zum 2. Kommandanten ernannt.

Der Vorsitzende legt die Tagesordnung für die nächste öffentliche Sitzung des Bürgerausschusses fest: 1) Verlegung des Friedhofes, 2) Gründung eines Stadthofes, 3) Ankauf eines Theils des großh. Forstgartens, 4) Beihilfe für die Ausfertigung des Gartenbau-Patents, 5) Ankauf des Grundstückes Anwesen, 6) Ertheilung der Baupremie an Materialist Moog, 7) Abänderung der Satzungen der Kranken-Versicherungsanstalt, 8) Ersatzwahl für die in den Gemeinderath berufenen drei Mitglieder des Bürgerausschusses Glaser, Hoffmann und Weber.

Der Vorsitzende bringt zur Kenntniss des Kollegiums, 1) daß die großh. Generaldirektion der Eisenbahnen das Reglement über die Verhältnisse der Post zu den Staats-Eisenbahnen in 2 Exemplaren mitgetheilt habe; 2) daß der Gründer der Londoner Transporthesellschaft in der nächsten Zeit hier eintreffen werde, um Mittheilungen zu machen über die Schifffahrt von London bis Mexiko; 3) daß für die Vorarbeiten zum Bau der Linie Karlsruhe-Eppingen billige Angebote gemacht seien; 4) daß von Heilbronn Eingaben an die württ. Kammer abgegeben seien wegen eines Anschlusses von Heilbronn nach Eppingen; 5) daß von großh. Hauptsteueramt beruhigende Mittheilung wegen Verbesserung des Marauer Hafens eingelangt seien.

Nach dem schriftlichen Vortrag des Gemeinderaths Stüber über den Personenverkehr auf der städt. Eisenbahn nach Marau in den Monaten August und September v. J. und den Aufstellungen über den weiteren Militärtransport von 1870 wurden im August befördert 21,811 Personen mit 550 Ztr. Gepäc, 4097 Stück Vieh, mit einer Einnahme von 4342 fl. 31 kr., im September: 17,578 Personen, 497 Ztr. Gepäc, 2461 Stück Vieh, mit einer Einnahme von 3579 fl. 26 kr. Im Vergleich zum Vorjahre 1869 1708 Personen mehr und 659 fl. Mehreinnahme im August, und im September ein Mehr von 2004 Pers. und 828 fl., hauptsächlich durch die günstige Wadzeit verursacht. Der Militärtransport bestand aus 671 Offizieren, 22,949 Soldaten, 267 Pferden, 33 Geschützen, 303 Wagen mit einer Einnahme von 10,034 fl. 26 kr., hiezu die frühere Abrechnung mit 18,159 fl. 51 kr. macht eine Gesamteinnahme von 28,194 fl. 17 kr.

— Sichern Vernehmen nach wird Hr. G. Goll vom 1. April ab die „Bad. Volks-Ztg.“ an Stelle des Hrn. Kausch begeben, der bekanntlich die „Konstanz. Ztg.“ künftig mitbegeben wird.

Aus Baden, 22. März. (N. A.) Zur technischen Oberleitung des Baues der Gotthardt-Bahn ist Hr. Baudirektor Gernig in Karlsruhe berufen worden. Derselbe bezieht für die Dauer des Baues einen jährlichen Gehalt von 40,000 Franken und erhält nach Vollendung der Bahn ein außerordentliches Honorar von 100,000 Fr. Sollte der Bau vor der bezeichneten Frist fertig gestellt sein, wird dieses Honorar noch durch eine besondere Gratifikation erhöht werden.

Heidelberg, 21. März. (Heid. Z.) Gestern Nachmittag wurde der k. l. Hauptmann Karl Holz während der Fahrt auf der Eisenbahn zwischen dem hiesigen Hauptbahnhof und dem Karlsruher vom Schlage gerührt — und war augenblicklich eine Leiche. Der Verstorbene diente in der österr. Armee und war der Sohn der Frau Hofmeister Holz in Badenweiler.

Heidelberg, 21. März. (H. Journ.) Sichern Vernehmen nach ist aus dem Reinertrag der im vergangenen Winter abgehaltenen akademischen Vorlesungen im Museum der Betrag von 400 fl. an die Blindenanstalt in Jochheim bei Badenweiler mit der besondern Bestimmung der Verwendung zur Unterstützung entlassener Blinden und der Rest von 360 fl. an den Heidelberger Kunstverein zum Ankauf eines Gemäldes zu beidem Besten übergeben worden. So haben auch diesmal wieder die Lehrer unserer Hochschule über die gelammte, durch ihre Talent und ihre Hingebung gewonnene Summe zum Besten gemeinnütziger Zwecke verfügt.

Baden, 23. März. Am 27. d. M. wird Ihre Maj. die Königin von England mit großem Gefolge hier eintreffen. Dieselbe hat die hinter dem Theater in der Friedrichstraße gelegene Villa Wellmar mieten lassen. Ein Theil der Dienerschaft, welche das Nöthige in der künftigen Wohnung noch vorzubereiten hat, ist bereits eingetroffen.

Köhl, 22. März. Das Geburtsfest Sr. Maj. des Deutschen Kaisers wurde mit Böllerschüssen und Glockengeläute am Vorabend angekündigt. Morgens Tagewache, Böllerschüsse, Besingen der Hauptstraße, Festzug zum Gottesdienst. Den Schluß bilden Vorkellerei im Dilettantentheater und Banket in dem Gasthaus zur Fortuna.

Freiburg, 22. März. (Oberr. K.) Wie allenthalben im weiten Reich, so wurde auch in unserer Stadt der heutige (75.) Geburtstag Sr. Maj. des Kaisers festlich begangen. Am Vorabend war Festgeläute und militärischer Zapfenstreich mit darauf folgender Serenade vor der Karloferne, welcher trotz des Schneeweters eine große Menschenmenge anwohnte. Am Morgen des Festtages selbst war wieder großes Geläute, dann Schießen auf dem Schloßberg, Umzug der Militärkapelle und Instrumentalchoral auf der Plattform des großen Domthurmes. Im Verlaufe des Vormittags war sodann Festgottesdienst in allen Kirchen; die Hauptkirchenfeier fand aber in der Kathedrale und in der protestantischen Stadtpfarrkirche statt; in der ersten gelehrte der Dr. Erzbischofsdompropst, Weihbischof Dr. Gotthard Kübel, ein Pontificalamt mit „Te Deum“, und in der letzteren hielt Hr. Dekan Helbing die Festpredigt, am Schlusse spielte die anwesende Militärkapelle den Choral „Nun danket alle Gott.“ Beiden gottesdienstlichen Feierlichkeiten wohnten die Spitzen der Gemeindegemeinschaft, Militär- und Reichsbehörden, sowie die Mannschaften des Regiments bei. Mittags war große militärische Parade unter Anwesenheit des gesamten Regiments; hierbei wurden zugleich die von der Kaiserin auf diesen Tag bewilligten eisernen Kreuze vertheilt und zwar, der ausbreitlichen Bestimmung Sr. Maj. gemäß, nur an Unteroffiziere und Gemeine. Nachmittags war Festessen im neuen prachtvoll ausgestatteten großen Saale des Zähringerhofes. Den Schluß der Feierlichkeiten bildete eine Festvorstellung im Theater.

Konstanz, 22. März. (Konst. Z.) Zur Feier des kaiserl. Geburtsfestes ist die Stadt festlich beflaggt. Gestern Abend wurde das Fest mit allen Glocken eingeläutet; später war musikalischer Zapfenstreich und Illumination der Kasernen. Heute früh 6 Uhr erste Goralmusik vom Münsterthurm und Kanonendonner am Damm. Vormittags war Gottesdienst in allen Kirchen und in der Synagoge, um 12 Uhr große Parade des 6. babilonischen Infanterieregiments und um halb 2 Uhr findet das Festessen in dem prachtvoll mit Grünem

bedeckten Kaufhausplatz statt. Mehrere Gebäude, namentlich aber die Kasernen, sind mit Bäumen und Kränzen geschmückt. — Aus allen größern Orten des Seckreisles liegen Programme vor, welche darthun, daß der heutige Tag von der Bevölkerung freudig begangen wird. Die Neugierigkeiten sind natürlich überall ziemlich dieselben.

Vermischte Nachrichten.

— Nürnberg, 20. März. Hiesigen Blättern zufolge hat die längere Verhandlung zwischen der hiesigen freien Gemeinde und ihrem bisherigen Prediger endgiltig dahin geführt, daß Hr. Scholl seine hiesige Stelle niederlegt.

Nachricht.

Berlin, 22. März. Der Bundesrath-Ausschuß für Elsaß-Lothringen hat über den Gesamtentwurf, betreffend die amtliche Geschäftssprache in dem neuen Reichslande, Bericht erstattet. In den Hauptbestimmungen wird von dem Ausschusse folgende Fassung des Gesetzes beantragt:

§ 1. Die schriftlichen Erlasse, Verfügungen und Entscheidungen aller Art, welche von kaiserl. Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsbeamten ausgehen, sowie die Protokolle, welche bei oder von denselben aufgenommen werden, sind in deutscher Sprache abzufassen. § 2. Den Privaturkunden in französischer Sprache, welche zur Eingetragung präferirt werden, ist, sofern sie ein späteres Datum als das des 1. Juli 1872 oder gar kein Datum tragen, eine deutsche von einem vereideten Uebersetzer beglaubigte Uebersetzung auf Kosten der Partei beizufügen. § 3. Mündliche Verhandlungen vor den Bezirksräthen und dem kaiserl. Rath werden in deutscher Sprache geführt. Wird unter Mitwirkung oder Beteiligung von Personen verhandelt, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, so kann der Vorsitzende die Verhandlung in französischer Sprache zulassen, wenn sämtliche Mitwirkende derselben mächtig sind. Andersfalls ist die Zuziehung eines Dolmetschers anzuordnen. § 4. Die in § 1 getroffene Bestimmung findet auch auf die Berichte, Erlasse, Verfügungen, Entscheidungen und Protokolle der Behörden und Beamten der Gemeinde-, Kirchen- und Stiftungsverwaltungen Anwendung. § 5. Vorstehende Bestimmungen treten mit dem 1. Juli 1872 in Kraft. In den Landesstellen mit überwiegend französisch redender Bevölkerung kann jedoch auch über diesen Zeitpunkt hinaus den öffentlichen Bekanntmachungen der kaiserl. Verwaltungsbehörden eine französische Uebersetzung beigelegt werden.

Nachdem noch einige andere Nachsichtsfälle statuiert worden, heißt es zum Schluß: „Der Umfang und die Dauer dieser Ausnahmen werden durch den Oberpräsidenten festgesetzt.“

Berlin, 23. März. Das Abgeordnetenhaus nahm in namentlicher Abstimmung die Kreisordnung mit 256 gegen 61 Stimmen an. Dagegen stimmte der größte Theil der Rechten und das Centrum. Kantat erklärte Namens der Polen, sich der Abstimmung zu enthalten, da die Polen die Einführung der Kreisordnung in den andern Provinzen außer Polen nicht erwünschten wollten.

Wie von mehreren Blättern berichtet wird, haben die Vorarbeiten für die Aufstellung eines „Statuts der katholischen Kirche in Elsaß-Lothringen“ begonnen. Dasselbe soll auf Grund der „organischen Artikel“ vom 15. Juli 1801 ins Leben treten. (N. Pr. Ztg.)

H München, 23. März. Abgeordnetenkammer. Der Etat des Ministeriums des Innern wird bis zum Etat der Bezirksamter einschließend erledigt. Der Etat des Ministeriums selbst wird nach dem Ausschussantrag mit Abstrich von 6550 fl. für das allgemeine Reichsarchiv nach dem Regierungspostulat genehmigt. Der Ausschussantrag auf Einziehung von 8 Rathstellen, 7 Rechnungskommissariatsstellen, 1 Medizinalrathsstelle bei den Kreisregierungen und 3 Amtmanns- und 20 Assessorstellen bei Bezirksamtern wird angenommen.

Stuttgart, 23. März. Die aus allen Landestheilen zahlreich besetzte gestrige Versammlung von Delegirten der deutschen Partei in Würtemberg beschloß, indem sie von einer neuen Formulierung des Programms Umgang nahm, die Anträge über neue der Partei zu stellende Aufgaben der Berathung der einzelnen Vereine zu unterstellen. Der Versammlung schloß sich ein Festmahl zu Ehren des Geburtstages des Deutschen Kaisers an.

Wien, 23. März. Beide Häuser des Reichsraths haben den Gesetzentwurf betr. die Erhöhung des Friedensstandes der Kavallerie in dritter Lesung angenommen. Die Regierung theilte mit, daß der Kaiser das Nothwahl-Gesetz sanktionirt habe. Hierauf wurde der Reichsrath bis zum 7. Mai vertagt.

Rom, 21. März. Abgeordnetenkammer. Im Verlaufe der Budgetdebatte ergriff der Ministerpräsident Lanza das Wort, um die Möglichkeit zu konstatiren, daß in Rom zwei Gewalten in Freiheit neben einander bestehen können. Bezüglich der Vorlage eines Gesetzentwurfs über die religiösen Körperschaften betonte der Minister, man müsse es dem Ministerium überlassen, die Zweckmäßigkeit solcher Vorlagen zu beurtheilen, zumal diese Frage eine besonders ruhige Prüfung erheische.

Versailles, 22. März. Nationalversammlung. Als Bischof Dupanloup in der heutigen Sitzung seine Absicht, in der Sache der katholischen Petitionen das Wort zu ergreifen, kundgibt, sagt Thiers, er müsse eine Berathung über die römische Frage gegenwärtig als unzeitig bezeichnen. Derselbe würde weder den Interessen des päpstl. Stuhles, noch denjenigen des Staates dienen. Er halte es für seine Pflicht, zu erklären, daß die Regierung, indem sie auf ihrer seitherigen Politik und ihren früheren Darlegungen in dieser Angelegenheit beharre, eine Berathung darüber zu vermeiden wünsche. Bischof Dupanloup gibt hierauf seine Zustimmung, in der Berathung der katholischen Petitionen eine neue Vertagung eintreten zu lassen.

Paris, 23. März. „Bien public“ sagt in Betreff der Gerüchte über auswärtige Allianzen: Sicheren Mittheilungen zufolge ist nichts Wahres daran. Alle Mächte beobachten eine große Zurückhaltung und wünschen

aufs lebhafteste den Frieden. Bündnisse sehen Projekte voraus; es existirt aber kein Projekt, als das Bestreben, neue Verwicklungen zu vermeiden. Niemand bedroht Frankreich. Deutschland denkt nicht entfernt daran, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Die einzige richtige Thatsache ist die Gleichförmigkeit der politischen und religiösen Interessen Preußens und Italiens. Die angebliche Zurückforderung Nizza's und Savoyens von Italien wird laut demittirt.

Kopenhagen, 22. März. Landsting. Der Finanzminister nahm das von dem Landsting amendirte Branntweinsteuer-Gesetz zurück, womit das Gesetz über die Aufhebung der Schifffahrtsabgaben in Wegfall kommt. Die Demission des gesamten Ministeriums ist wahrscheinlich.

London, 22. März. Gut unterrichteter Seite verlautet, die Rückantwort Lord Granville's auf die amerikanische Note halte die Zurückweisung des Anspruches auf Ersatz des indirekten Schadens aufrecht und schlage vor, die beiderseitigen weitem Prozessschriften bei dem Schiedsgerichte in Genf einzulegen, ohne daß hierdurch die Stellung beider Theile in irgend einer Weise präjudizirt würde.

London, 23. März. Granville theilt dem Oberhaufe mit, er habe den Erklärungen Gladstone's vom vorigen Mittwoch hinsichtlich der Regierungspolitik in der Alabama-Frage nichts hinzuzufügen. Beide Regierungen wünschen ein freundschaftliches Arrangement. Es wäre bedauerlich, wenn durch ein übereiltes Wort vielleicht die Hoffnung, den Vertrag von Washington aufrecht zu erhalten, verloren ginge. Die Regierung blicke an Ehre und selbst an Achtung ein, wenn sie ihre mit voller Uebersetzung eingenommene Stellung aufgabe.

Frankfurter Kurszettel vom 23. März.

Staatspapiere.	
Deutschland 5% Bundesoblig. 100% 1/2	Oesterreich 4% Papierrente Rins 4 1/2 59 1/2
5% Schatzscheine	103 1/2
Preußen 4 1/2% Obligation. 103 1/2	Bayern 4% Obl. i. d. d. 28 fr. 90 1/2
Baden 5% Obligationen 103 1/2	Baden 4% Obl. i. d. d. 105 fr. 90 1/2
4 1/2% 99 1/2	Russland 5% Obl. v. 1870 85 1/2
4% 94 1/2	5% d. v. 1871 85 1/2
3 1/2% Obl. v. 1842 89 1/2	5% d. v. 1871 101 1/2
Bayern 5% Obligationen 100 1/2	Belgien 4 1/2% Obligation. 101 1/2
4 1/2% 100 1/2	Schweden 4 1/2% d. v. 1. d. d. 95 1/2
4% 95 1/2	Schweiz 4 1/2% Bern. Obl. 101 1/2
Württemberg 5% Obligation. 103 1/2	4 1/2% Bern. St. d. d. 100 1/2
4 1/2% 99 1/2	N. Amerika 6% Bonds 1862 v. 1862 96
4% 94 1/2	6% d. v. 1865 96 1/2
Nassau 4 1/2% Obligationen 99 1/2	6% d. v. 1865 96 1/2
4% 94	5% d. v. 1864 95 1/2
Sachsen 5% Obl. 104 1/2	5% d. v. 1864 95 1/2
S. Gotha 5% 102 1/2	3% Spanische 30 1/2
Gr. Hessen 5% Obligation. 103 1/2	3% Bolle franz. Rente 88
4% 97 1/2	Beier: 91
Oesterreich 5% Silberrente Rins 4 1/2 64 1/2	

Aktien und Prioritäten.	
Badische Bank	— 5% Böhm. Westb.-Pr. i. d. d. 84 1/2
Frankf. Bank à 500 fl. 3% 144 1/2	5% Elbsch. B.-Pr. i. d. d. 84 1/2
Bankverein à d. d. 100, 40% 50% d. d. 2. em. 83 1/2	
Einj. 148 5/8	5% d. d. 93
Reichsbank m. fl. 100 134 1/2	5% d. d. (Neumarkt - Rio)
Darmstädter Bank 488 5/8	5% Pr.-Joh.-Prior. steuerf. 91
Deft. Nationalbank 891 5/8	5% Kronpr. Rud. Pr. v. 67/68 85 1/2
Deft. Credit-Anstalt 368 1/2	5% Kronpr. Rud. Pr. v. 1869 85 1/2
Stuttgarter Bank-Aktien 124 1/2	5% Pr. Nordwestb.-Pr. i. d. d. 91
4 1/2% Bayer. D. d. à 200 fl. 150 1/2	5% Ung. Nordostb.-Prior. 82 1/2
4 1/2% opf. Warbn. 500 fl. 149 1/2	5% d. d. 51 1/2
4% Ludw. geb. Verb. 500 fl. 207 1/2	5% d. d. 60 1/2
4% Hess. Ludw. geb. 192 5/8	5% d. d. 40 1/2
3 1/2% Oberhess. G. m. B. 350 fl. 87 1/2	5% d. d. 40 1/2
3 1/2% Pr. Staatsb. i. Pr. 412 1/2	5% d. d. 40 1/2
5% S. d. d. 221 1/2	5% d. d. 40 1/2
5% Nordwestb.-A. i. Pr. 227	5% d. d. 40 1/2
5% Elbsch. G. m. B. 200 fl. 263 1/2	5% d. d. 40 1/2
5% Galiz. Carl-Ludw. geb. 273 1/2	5% d. d. 40 1/2
5% Pr. d. d. 200 fl. 189 1/2	5% d. d. 40 1/2
5% Pr. d. d. 200 fl. 279 1/2	5% d. d. 40 1/2
5% Pr. d. d. 200 fl. 225	5% d. d. 40 1/2
5% Pr. d. d. 200 fl. 193 1/2	5% d. d. 40 1/2
5% Pr. d. d. 200 fl. 163	5% d. d. 40 1/2

Anlehensloose und Prämienanleihen.	
Bayer. 4% Prämien-Anl. 113 1/2	Deft. 4% 250 fl. Loose v. 1854 —
Badische 4% d. d. 114 1/2	5% 500 fl. v. 1860 93 1/2
35 fl. Loose 70 1/2	100 fl. Loose von 1864 —
Braunsch. 20 fl. Loose 21	Schwed. 10 fl. Loose 8 1/2
Großh. Hess. 50 fl. Loose 181	Wien. 10 fl. Loose 8 1/2
25 fl. 53	Meiningen fl. 7. —
Kr. d. d. 40 fl. Loose 3 1/2	D. d. 40 fl. —

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterd. 100 fl. 3% l. S. 98 1/2	Preuß. Friedrichsd'or fl. 9.57—58
Berlin 60 Tdr. 4% 106	106 Bistolen 9.40—42
Brem. 50 Tdr. 3% l. S. 96 1/2	Holländ. 10 fl. St. 9.58—55
Hamburg 100 M. 3% l. S. 88	Ducaten 5.92—94
London 10 Pf. St. 3% l. S. 118 1/2	20 Francs-Etliche 9.20 1/2—21 1/2
Paris 200 fr. 6% 93 1/2	Engl. Sovereigns 11.47—49
Wien 100 fl. d. d. 3% l. S. 105 1/2	Russische Imperial. 9.40—42
D. d. 2.25 1/2—26 1/2	Dollars in Gold
Disconto l. S. 3 1/2%	Dollarcouron
Stimmung: Fest.	

Berliner Börse. 23. März. Kredit 210 1/2, Staatsbahn 236, Lombarden 127 1/2, 2er Amerikaner 96 1/2, Rumänier 55 1/2, Feil.
Wiener Börse. 23. März. Kredit 348, Staatsbahn 387, Lombarden 236 1/2, Napoleonsd'or 8.73, Anlobankaktien 327.
Paris, 22. März. Rente —, Neue Anleihe —, Staatsbahn 886.25, Lombarden 485.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.
Sonntag 24. März. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil des Unterstützungsfonds für Wittwen und Waisen der Mitglieder des Großh. Hoforchesters. Großes Konzert in 2 Abtheilungen. Anfang 7 Uhr.
Das Großh. Hoftheater bleibt bis incl. Sonntag des 31. März geschlossen.

